

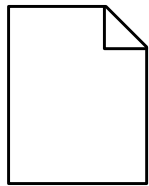
Alles neu: EEG, GmodG, EnWG – Wohin steuert die Energiepolitik?

Im Bundeswirtschaftsministerium plant derzeit ein ganzes Bündel energiepolitischer Gesetzesänderungen. *EEG*, *EnWG*, *StromVKG* und weitere Vorhaben greifen ineinander, überschneiden sich und verändern zentrale Grundprinzipien der Energiewende teils grundlegend. Dabei geht es nicht um technische Detailfragen, sondern um die energiepolitische Richtung der kommenden Jahre: Welche Rolle sollen Erneuerbare künftig spielen? Wer darf künftig noch wirtschaftlich Strom erzeugen? Wird die Energiewende dezentral, bürgernah fortgeführt – oder zunehmend ausgebremst?

Unser aktuelles Fazit fällt ernüchternd aus: Vieles weist in dieselbe Richtung – weg von einer konsequenten, dezentralen Energiewende und hin zu mehr Zentralisierung, fossilen Übergangsstrukturen und neuen bürokratischen Hürden. Besonders kleine und mittlere Akteure geraten zunehmend unter Druck. Genau auf diese Auswirkungen konzentrieren wir uns im Folgenden.

Wie immer gilt:

Alle rechtlichen Einschätzungen erfolgen ohne Gewähr.



EEG 2027

Stand: 22. Juli 2026

Status: offizieller Entwurf

Im neuen EEG wird der Fokus auf Freiflächen statt auf kleine, dezentrale Dachanlagen gesetzt. Die Streichung von Einspeisevergütung, Gewinnabschöpfung bei der Marktprämie und Risikoverlagerung bei Netzengpässen und negativen Strompreisen auf Anlagenbetreiber beeinträchtigen jedoch alle Investor:innen. Für die Energiewende lässt das nichts Gutes verhoffen.

❶ Einspeisevergütung gestrichen

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Alle neuen PV-Gebäude-Anlagen bis 25 kW sollen künftig weder Einspeisevergütung noch Marktprämie bekommen. Eine auf 36 Monate zeitlich befristete „Netzbetreiberabnahme“ zum *anzulegenden Wert* (minus 1 ct/kWh) soll einen Übergang schaffen.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Eine Amortisation von kleinen PV-Anlagen in 20 Jahren ist kaum mehr möglich. Der Strom kann zwar im Rahmen der *sonstigen Direktvermarktung* ohne Förderung verkauft werden, bei Anlagen unter 25 kWp müssen die Erlöse sehr hoch sein, damit sie nicht durch die Vermarktungskosten aufgefressen werden. Vermarkter für dieses Segment gibt es bislang kaum.

☑ Folgen für die Energiewende?

Ungenutzte Flächen und eine verzögerte Energiewende: Weniger Anreiz für den Solarausbau. PV-Dachflächenpotenziale werden zukünftig nicht mehr vollständig genutzt. Dabei wird jede solare geeignete Dachfläche für die Energiewende gebraucht.

❷ Zweiseitige Differenzverträge

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Für PV-Anlagen ab 100 kW sollen künftig zweiseitig ausgestaltete Differenzverträge (*Contracts for Difference, CfD*) gelten: Übersteigt der an der Strombörse erzielte *Jahresmarktwert* den festgelegten anzulegenden Wert, sind Betreiber verpflichtet, einen sogenannten Refinanzierungsbeitrag (*Clawback*) an den Netzbetreiber abzuführen.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Übergewinne werden abgeschöpft: Verdient eine Anlage an der Börse mehr als den festgelegten Wert, muss der Mehrerlös an den Staat zurückgezahlt werden. Liegt der *Jahresmarktwert* unter dem anzulegenden Wert, erhält der Betreiber die Differenz vom Staat. Die Erlösobergrenzen sind gedeckelt, die Kostenrisiken jedoch nicht. Kein Finanzierungsmodell kann dauerhaft auf einer asymmetrischen Risikostruktur aufgebaut werden, bei der Verluste sozialisiert, Gewinne aber abgeführt werden müssen.

☑ Folgen für die Energiewende?

Investitionshemmnis: Wenn Gewinne abgeschöpft werden, reduziert das den Investitionsanreiz für Großanlagen, innovative Konzepte und Bürgerenergiegesellschaften – die Energiewende wird verzögert. Gab es so was je für fossile Kraftwerke?

③ Höhere Wirkleistungsbegrenzung

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Die maximale Wirkleistungseinspeisung neuer PV-Dachanlagen soll auf 50 % reduziert werden. Unklar ist noch, ab das für Anlagen bis 25 kWp oder auch bis 100 kWp gilt.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Bis jetzt besteht ohne *Smart Meter* bereits eine 60 % Wirkleistungsgrenze. Zukünftig dürfen maximal 50 % der möglichen Solarleistung ins Netz eingespeist werden. Das gilt für alle Neuanlagen, sowohl mit *Smart Meter* als auch ohne. Das erhöht den Anreiz, in Heimspeicher, Wärmepumpen oder E-Autos zu investieren.

📋 Folgen für die Energiewende?

Die bundesweit einheitliche Begrenzung der Einspeiseleistung – unabhängig von Netzzustand, installierter Speicherinfrastruktur oder regionaler Strombedarfen von Haushalten, Gewerbe und Co. – verlangsamt den Umstieg auf 100 % Erneuerbare.

④ Pflicht zur Direktvermarktung

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

PV-Anlagenbetreiber sind zur Direktvermarktung verpflichtet, wenn sie für den Solarstrom eine Marktprämie haben wollen. Dies gilt ab 1.1.2027 für Anlagen über 25 kW bis 1 MW.

📁 Folge: Was bedeutet das für die Energiewende?

Hoher Aufwand für eine Einspeisevergütung: Für Betreiber wird es schwer, Direktvermarkter zu finden, die Rest-Solarstrom aus Eigenverbrauchs-Anlagen vermarkten. Die mangelnde Verfügbarkeit *intelligenter Messsysteme* schränkt die Teilnahme zusätzlich ein.

📋 Folge: Was bedeutet das für die Energiewende?

Weitere Verzögerung! Anlagen werden nicht gebaut oder werden zum Investitionsrisiko.

⑤ Ausschreibungen ab 750 kWp

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Alle PV-Anlagen ab 750 kWp (vorher 1 MWp) müssen in die Ausschreibung.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Ausschreibungen benachteiligen insbesondere Bürgerenergie-Projekte, da sie aufgrund höherer Preise für Planung und Verwaltung nicht mit kommerziellen Anbietern konkurrieren können.

📋 Folgen für die Energiewende?

Bis 2030 sollen die Flächen zwar verdreifacht werden, trotzdem limitieren Ausschreibungen den jährlichen solaren Ausbau, anstelle alle EE-Investoren mitzunehmen. Der Preisdruck schränkt die Akteursvielfalt zudem ein – kostenintensivere Innovationen oder Bürgerenergieprojekte können nicht mithalten. Letztlich werden nicht alle geplanten Projekte umgesetzt.

⑥ Volleinspeisebonus abgeschafft

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Der Volleinspeise-Bonus für PV-Dachanlagen soll wegfallen.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Eine einfache Lösung, alle solargeeigneten Dachflächen ohne Eigenbedarf zu nutzen wird abgeschafft. Damit entfällt auch eine gute Übergangsoption, insbesondere für Mehrfamilienhäuser.

📋 Folgen für die Energiewende?

PV-Dachflächenpotenziale werden zukünftig ungenügend genutzt. Solaranlagen auf MFH werden nur noch realisiert, wenn Eigenverbrauch vor Ort stattfindet.

⑦ Neu: Nulleinspeisung

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Für PV-Gebäudeanlagen unter 100 kWp sollen – sofern auf Grund eines hohen Eigenverbrauchs keine *Direktvermarktung* möglich ist – sogenannte Nulleinspeiseanlagen eingerichtet werden können.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Die verhinderte Einspeisung reduziert die Wirtschaftlichkeit der PV-Anlagen, erspart aber organisatorischen Aufwand einer *Direktvermarktung*. Die Studie PV2027 zeigt, dass mit der sogenannten Nulleinspeisung 69 Prozent des Stromertrags einer typischen U25 KWp-Anlage abgeregelt werden würden.

📋 Folgen für die Energiewende?

Wenn die Einspeisung pauschal verhindert wird, verliert man grundsätzlich wertvollen Erneuerbaren-Strom für die Energiewende. Zudem werden PV-Anlagen dann zu gering dimensioniert und das Dachpotenzial nicht ausgenutzt.

⑧ Negative Strompreise

🔍 Jetzt neu: Was bedeutet die Veränderung?

Alle neuen Anlagen, die eine Marktprämie erhalten (ab 25 kWp), bekommen zunächst keine Vergütung, wenn negative Strompreise entstehen. Die Zeiten negativer Strompreise werden nach 20 Jahren angefügt.

📁 Folgen für Betreiber:innen?

Einnahmeverluste: Die Rückvergütung negativer Strompreise gilt nur für Anlagen, die über die *Direktvermarktung* überhaupt eine Vergütung erhalten. In diesem Fall werden die jährlichen Einnahmen risikobehaftet. Die Amortisation der Anlagen sinkt bei zunehmenden negativen Strompreisen um ca. 8 %.

📋 Folgen für die Energiewende?

Hätte die Bundesregierung schon früher den Speicherausbau angestoßen, hätten auch negative Strompreise reduziert werden können. Nun sind die Anlagenbetreibenden die Leidtragenden – und es verzögert die Energiewende.